

## Weniger Zuschüsse an Nürnberger Bundesanstalt

Angesichts der besseren Konjunkturlage und einer weitergehenden Abnahme der Arbeitslosigkeit soll der Bundeszuschuß für die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit nach dem Willen der Bundesregierung weiter gesenkt und im Jahr 2002 ganz gestrichen werden.

Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) erwartet, daß die Wirtschaft in den kommenden Jahren bis 2002 um durchschnittlich 2,5 % wachsen wird. Die Arbeitslosigkeit dürfte von 4,3 Mio in diesem Jahr auf durchschnittlich 4,125 Mio im Jahr 1999 abnehmen und in den folgenden Jahren jährlich um rund 200 000 weiter sinken. Gleichzeitig werde die Zahl der Beschäftigten um durchschnittlich 150 000 im Jahr zunehmen. Eine derartige positive Entwicklung sollte der Nürnberger Bundesanstalt wieder höhere Einnahmen aus der Arbeitslosenversicherung beschere, so daß der Bundeszuschuß, der die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt ausgleicht, allmählich zurückgeführt werden könnte.

Der Haushalt des Bundesarbeitsministers bleibt allerdings vorläufig mit einem Anteil von 163,2 Milliarden DM oder 35 % an den Bundesausgaben der größte Einzelplan. Die Ausgaben für den Arbeitsmarkt sollen jedoch verringert werden und von knapp 45 Milliarden DM in diesem Jahr auf 41,5 Milliarden DM im kommenden Jahr gesenkt werden. Davon sind allein 28 Milliarden DM für die Arbeitslosenhilfe und 11 Milliarden DM als Zuschuß an die Bundesanstalt vorgesehen. In diesem Jahr beträgt der Zuschuß noch 14,1 Milliarden DM. Das Nachrichtenmagazin „Focus“ berichtet, daß der Zuschuß im Jahr 2000 auf 5 Milliarden DM und 2001 auf nur noch 2 Milliarden DM zurückgenommen werden sollte. Im Jahr 2002 könne der Zuschuß auf Null gesenkt werden. Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums sagte dazu, es hänge maßgeblich von der weiteren positiven Entwicklung der Konjunktur des Arbeitsmarktes ab, wie weit der Zuschuß an die Bundesanstalt reduziert werden könne. Er bestätigte aber auch, daß der für die mittelfristige Finanzplanung zuständige Arbeitskreis für gesamtwirtschaftliche Vorausschau annimmt, daß es bei der von Waigel beschriebenen konjunkturellen Entwicklung möglich sein sollte, 2002 auf den Zuschuß an die Bundesanstalt verzichten zu können. Die Bundesanstalt selbst hatte bei der Vorlage ihres jüngsten Arbeitsmarktberichts berichtet, daß sie im ersten Halbjahr bei Einnahmen von 42,2 Milliarden DM und Ausgaben von 47,2 Milliarden DM erst 5 Milliarden DM des Bundeszuschusses verbraucht habe.

Der vom SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder in einer von ihm geführten Bundesregierung als Bundesarbeitsminister vorgesehene Walter Riester nannte die Überlegungen, den Zuschuß an Nürnberg zu senken, „unverantwortlich und katastrophal“. Von einer Wende auf dem Arbeitsmarkt könne keine Rede sein. Die geplanten Einsparungen könnten zur Folge haben, daß Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gestrichen würden. Im übrigen müßten die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden, wenn der Zuschuß gestrichen werde. „Das wäre das Allerletzte, was wir jetzt brauchen. Wir brauchen eine Senkung der Lohnnebenkosten und keine Anhebung“, sagte der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Riester.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) wies die Äußerungen Riesters als verfehlt zurück: „Wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, hat die Bundesanstalt mehr Einnahmen und weniger Ausgaben“, sagte Blüm. „Das hat also weder etwas mit Ausgabenkürzung noch mit Beitragsanhebung zu tun. Anderslautende Behauptungen sind Rohrkrepierer aus der sozialdemokratischen Wahlkampfkanone. Auch für das kommende Jahr steht für die aktive Arbeitsmarktpolitik genauso viel Geld zur Verfügung wie in diesem Jahr“. Waigel erinnerte daran, daß die Bundeszuschüsse nicht automatisch geleistet würden, sondern nur dann, wenn die Bundesanstalt über die Beitragszahlungen der Versicherten nicht genug einnehme.

Nach: Frankfurter Allgemeine Nr. 159 vom 13.07.1998

